

Unsere Schwerpunkte im Bereich der Stadtentwicklung

Hier werden die Grundentscheidungen für Zukunftsprojekte des Bezirks getroffen. Wer seine Flächen nicht intelligent entwickelt, seine Wohngebiete nicht durch unterschiedlichste Maßnahmen attraktiv gestaltet, eine entsprechende Imagewerbung betreibt und Trends verschläft, setzt in der digitalen Zeit die Attraktivität von Stadtteilen aufs Spiel. Rot-Grün im Bezirk führt dies exemplarisch an der systematischen Blockadepolitik gegenüber der Expansion des **EUREF-Campus** in der Torgauer Straße vor.

Die CDU fordert daher:

- Alle **Gewerbe- und Industriegebiete** im Bezirk erhalten eine spezielle Profilbildung und - bei Bedarf - erfolgt eine planungsrechtliche Anpassung der Gebiete an das Gebietsprofil. Dies muss gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft und den relevanten Akteuren in Berlin erfolgen.
- Die „Berliner Mischung“ aus enger räumlicher **Verzahnung von Wohnen und Arbeiten** soll wiederbelebt beziehungsweise gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die stark dienstleistungsorientierten Ortsteile Schöneberg und Friedenau.
- Nicht mehr benötigte Industriebrachen werden planungsrechtlich als **Siedlungsfläche für Einfamilienhäuser und Geschosswohnungsbau** ausgewiesen. Im Rahmen einer solchen Grundüberlegung muss auch geklärt werden, in welchem Verhältnis zueinander Ein- und Zweifamilienhäuser, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen und sozialer Wohnungsbau entstehen sollen. Wichtig ist für die CDU eine gute soziale Durchmischung bestehender und neuer Wohngebiete, damit keine sozialen Problemkiesen entstehen. Bei der Neuentwicklung größerer Wohngebiete ist in jedem Fall ausreichend soziale Infrastruktur (Schulen, Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen, Grünanlagen etc.) einzuplanen.
- Das Rückgrat des bezirklichen Handels ist der **Mittelstand**. Damit dieser auch künftig eine Chance hat, müssen wir die Attraktivität der Einkaufsstraßen steigern. Deshalb wollen wir:
 - für die bestehenden **Einkaufsstraßen** gemeinsam mit Eigentümern und Einzelhandelsinitiativen ein Management gegen Leerstand schaffen;
 - Leerstand durch einzelfallbezogene, gegebenenfalls auch kostenlose Zwischennutzung von Läden durch Künstler oder öffentliche Ausstellungen nutzen und somit den optischen Eindruck von Einzelhandelsstraßen - auch im Interesse der Vermieter - verbessern;
 - das ab 2016 Anwendung findende Spielhallengesetz konsequent nutzen, um die **Anzahl der Spielhallen zu reduzieren** und damit auch der Verschandelung des Stadtbildes entgegenzuwirken.
- Der Bezirk muss konsequent die Möglichkeiten nutzen, Fördermittel des Bundes aus Städtebauförderungsprogrammen zu erhalten. Dies dient dem Ziel, die Wohnqualität und Nutzungsvielfalt zu erhöhen sowie die **Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit** in unseren Kiesen zu verbessern.



- Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften haben zahlreiche Wohnungen im Bezirk. Es ist deshalb ein regelmäßiger Austausch des Bezirksamtes mit diesen Gesellschaften nötig, um auf den Bedarf an spezifischem Wohnraum im Bezirk hinzuweisen. Dabei sollen die Wohnungsbaugesellschaften zudem ermuntert werden, durch **Neubau- und Umbaumaßnahmen** den Bestand an barrierefreiem Wohnraum entsprechend § 51 BauO Bln zu erhöhen.
- Eine kleine Erfolgsgeschichte sind die **Spielplätze** im Bezirk. Das von der CDU geführte Baudezernat hat einen Schwerpunkt seiner Arbeit in die Erneuerung der Spielplatzanlagen gelegt. Seit 2011 konnten rund 20 Spielplätze grundlegend erneuert beziehungsweise neu geschaffen werden. Hierzu zählen unter anderem die Anlagen

- Lichtenrader Graben West,
- Handjery- Ecke Niedstraße,
- Am Insulaner,
- Feldstedter Weg,
- Richterstraße,
- Monumentenplatz,
- Bautzener Straße,
- Frobenstraße und
- die Bewegungsflächen an der Torgauer Straße und der Götzstraße.



Hieran möchten wir anknüpfen und auch in den kommenden Jahren die vorhandenen Spielplätze sicherer und attraktiver machen und vor allem sauber halten. Für den **Schutz vor Verwahrlosung** von Spielplatzanlagen können wir uns auch die Kooperation mit Bürger- oder Anwohnerinitiativen vorstellen.

- Neue Großsiedlungen im Bezirk sollen verhindert werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass solche Wohnformen regelmäßig die Gefahr bieten, zu sozialen Brennpunkten zu werden.

Eine weitgehende **planungsrechtliche Sicherung der vorhandenen Kleingartenkolonien** im Bezirk, da sie insbesondere für junge Familien und Senioren einen hohen Freizeitwert haben und auch Urlaubsort für Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen sind.